

liches
Selbst-
nach
ieder
e Ge-
3 Uhr,
bedrig
von
e der
s fiel
l lag,
sonne
stört.
Er-
weise
orker
luges
große
rüfte.
rei
fecht
anz
ng
8 Uhr
lof
an-
Z
laden
tritt
im!

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklamenteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatoerschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 261

Mittwoch, den 6. November 1929

Jahrgang 102.

Zur Reform des Reichshaushalts

Leitsätze der wirtschaftl. Spitzenverbände

U. Berlin, 6. Nov. In der Erkenntnis, daß eine der wichtigsten Vorbedingungen der notwendigen Kapitalbildung in Deutschland erhöhte Sparsamkeit auch im Reichshaushalt ist, haben der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Reichsverband der Deutschen Industrie ihre Ansichten zu der zurzeit vom Haushaltsausschuß behandelten Frage der Reform der Reichshaushaltsordnung in zehn Leitsätzen niedergelegt.

In dem ersten verlangen sie, daß der Reichstag sich eine Beschränkung seines Ausgabebewilligungsrechts auferlegt. Es soll ein Gesetz geschaffen werden, nach dem nicht ohne die Zustimmung der Reichsregierung Ausgaben im Reichshaushaltsplan erhöht oder neue Ausgaben eingefügt, Gesetze verabschiedet und Beschlüsse gefaßt werden dürfen, die eine Erhöhung der Ausgaben im Haushaltsplan des laufenden Jahres vorsehen. Ein solches Gesetz wäre verfassungsändernd. Weiter sollen Reichsrat und Reichsbank keine Erhöhung der Einnahmefähigkeiten vornehmen dürfen.

Im Leitsatz 2 wird eine Festigung und größere Unabhängigkeit der Stellung des Reichs Sparkommissars verlangt. Er soll das Recht haben, Prüfungen vorzunehmen und alle erforderlichen Auskünfte einzuholen. Weiter soll er an den Sitzungen der Reichsregierung mit beratender Stimme teilnehmen können und in allen mit seinen Aufgaben zusammenhängenden Angelegenheiten Anträge stellen dürfen. Er soll vor der Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben gutachtlich geäußert werden und schließlich das Recht haben, in Fällen, in denen der Reichsfinanzminister entgegen seinem Gutachten entscheidet, die Entscheidung der Gesamtregierung anzurufen. Auch die Länder sollen sich die Einrichtung des Sparkommissars in erhöhtem Umfange zunutze machen.

Leitsatz 3 verlangt die Einschränkung der Möglichkeit, durch

Anleihermächtigungen Ausgaben zu decken. Für die nächsten fünf Jahre sollen unter keinen Umständen neue Ausgaben im Wege des außerordentlichen Haushalts gemacht und auf Anleihebedeckung verwiesen werden. Die Vorschrift, daß über die letzten 10 vom Hundert der Ausgabemittel für sachliche Ausgaben nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden darf, soll gemäß Leitsatz 4 auf weitere fünf Jahre zum Bestandteil des Reichshaushaltsrechtes gemacht werden.

Zur Leitsatz 5 wird verlangt, daß Mehrausgaben gegenüber dem Soll im Laufe eines Rechnungsjahres auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt und soweit als irgend möglich bis zum nächsten Rechnungsjahr verschoben werden. Erscheinen sie unvermeidlich, so sind sie grundsätzlich in einem Nachtragplan anzustellen. Die Vorschrift, nach der vierteljährliche Nachweisungen der Haushaltsüberschreitungen an den Haushaltsausschuß des Reichstags übermittelt werden müssen, soll in die Reichshaushaltsordnung übernommen werden.

Nach Leitsatz 6 dürfen nur ganz besondere Gründe wirtschaftlicher Art dazu Anlaß geben, für fortdauernde Bewilligung die Übertragung von einem Haushaltsjahr auf das andere zuzulassen. An der Regel, daß Ausgaben nur für Zwecke geleistet werden dürfen, für die sie bewilligt worden sind, ist gemäß Leitsatz 7 streng festzuhalten.

Leitsatz 8 verlangt eine Beschleunigung und Verstärkung der Arbeiten des Rechnungshofs. Diese sind auch auf diejenigen Betriebe auszudehnen, für deren Leistungen das Reich Bürgschaften eingegangen ist. Leitsatz 9 verlangt Vorverlegung der Einbringung des Haushaltsentwurfs beim Reichstag vom 5. Januar auf den 10. Dezember, um eine eingehendere Prüfung zu ermöglichen. Leitsatz 10 endlich verlangt Diskontvergütung für alle Zahlungen, die vor der gesetzlichen Fälligkeit erfolgen. Sämtlichen Leitsätzen ist eine eingehende Begründung beigegeben.

Ein Zwischenfall im Rechtsausschuß

Die umstrittene Ehescheidungs-Reform

Auszug des Zentrums aus dem Rechtsausschuß

U. Berlin, 6. Nov. Im Rechtsausschuß des Reichstags stand am Dienstag erneut die Frage der Ehescheidungsreform zur Beratung. Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall. Die Deutschnationalen gaben zunächst eine Erklärung ab, wonach ihre Partei jede Teillösung in dieser Frage ablehne. Der Abgeordnete Pfeleger (Bayr. Volkspartei) brachte in einer Erklärung zum Ausdruck, daß für seine Person die Erleichterung der Ehescheidung eine so schwerwiegende politische Frage sei, daß weder im Reich, noch in einem Lande ein Mitglied seiner Partei einer Koalition angehören könne, deren Mehrheit sich für die Erleichterung der Ehescheidung ausspreche. Er beteiligte sich an weiteren Beratungen nur, um Verbesserungen der Anträge zur Annahme zu verhelfen. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bellenteile mit, daß seine Partei bei der Reichsregierung wegen der Behandlung dieser Frage im Ausschuß vorstellig geworden sei, aber noch keine Antwort erhalten habe. Solange seine Partei darüber nicht unterrichtet sei, könne sie nicht an den Sitzungen des Rechtsausschusses teilnehmen. Hierauf verließen die Vertreter des Zentrums geschlossen den Saal.

Der Vorsitzende Dr. Kahle stellte darauf fest, der Reichskanzler habe ihm die neuerdings von seiten zweier Parteien vorgebrachten schweren Bedenken gegen die Behandlung der Ehescheidungsreform mitgeteilt und ihm anheimgestellt, die weitere Entscheidung zu treffen. Er habe sich darauf sofort mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Landsberg in Verbindung gesetzt und man sei zu der Auffassung gelangt, daß der Rechtsausschuß selbst die Entscheidung darüber treffen müsse, ob er die Ehescheidungsreform von dem Arbeitsplan des Ausschusses absehen wolle. Weiterhin brachte auch der Abgeordnete Wredt (Wirtschaftspartei) Bedenken gegen die Ehescheidungsreform vor, sagte aber die Mitarbeit seiner Partei im Ausschuß zu. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rosenfeld hob hervor, daß es seiner Partei nur darauf ankomme, bei zerrütteten Ehen eine Scheidung zu ermöglichen, ohne daß die Parteien zum Vorbringen unwahrer Behauptungen genötigt würden. Er beantragte die Einsetzung eines Unterausschusses.

Nachdem noch ein Vertreter der Demokraten für die Durchführung von Erleichterungen für die Ehescheidung eingetreten war, beschloß der Ausschuß, die Anträge zur Ehescheidungsreform einem Unterausschuß zu überweisen.

Zum Auszug der Vertreter des Zentrums aus dem Rechtsausschuß des Reichstags schreibt die „Germania“: Die Zentrumspartei habe ebenso wie die Bayerische Volkspartei keinen Zweifel offengelassen, daß sie die Erleichterung der Ehescheidung, wie sie von der Mehrheit der Regie-

rungsparteien gewollt wird, nicht mitmachen könne und nicht mitmachen werde. Sie habe den Kanzler über diese ihre Grundhaltung zu keiner Zeit im unklaren gelassen und vor allen Dingen in den letzten Wochen erstlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die etwaige Forcierung der Entscheidung in dieser Bestehensfrage heraufbeschworen werden müßten. Der Kanzler hätte also damit rechnen müssen, daß durch die Abwälzung der Verantwortung auf die unzweifelhafte Mehrheit des Rechtsausschusses den Forderungen der Zentrumspartei nicht Rechnung getragen werden könne. Deshalb sei es höchst überflüssig gewesen, die Regierungskoalition im jetzigen Augenblick mit dieser Auseinandersetzung zu belasten. Der Protest der Zentrumsmitglieder des Rechtsausschusses sei ein sehr ernstes Warnungssignal.

Reichstag und Volksentscheid

U. Berlin, 6. Nov. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Graf Westarp in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Deutschnationalen Reichstagsfraktion an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, die Abstimmung über die Annahme der Pariser und Haager Abmachungen im Reichstag nicht vor der Abstimmung über den Volksentscheid stattfinden zu lassen und deshalb den Reichstag zu einem früheren Termin als dem ursprünglich vorgesehenen einzuberufen. Graf Westarp hatte bekanntlich bereits in der letzten Reichstags-sitzung gefordert, daß erst das Volk selbst über Annahme oder Ablehnung des Youngplans befragt werden müsse, ehe der Reichstag als Mandatar des Volkes über den Youngplan abstimmen könne.

Die zweite Haager Konferenz noch im November?

U. Paris, 6. Nov. In französischen Kreisen glaubt man, daß der Präsident der Haager Konferenz, der belgische Ministerpräsident Jaspar, die zweite Haager Konferenz im Laufe dieses Monats zusammenberufen wird, um die aus der ersten Konferenz hervorgegangenen Verträge, die bisher noch nicht paraphiert sind, zur Unterzeichnung vorzulegen.

Bekanntlich wurden im Haag 7 Ausschüsse eingesetzt, die sich mit der Ausarbeitung der verschiedenen Abkommen befaßten. So tagt in Baden-Baden der Ausschuß für die Einrichtung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, außerdem tagen in Berlin drei weitere Ausschüsse und eine gleiche Anzahl in Paris, von denen der für die Liquidierung der Vergangenheit nach schwierigen Verhandlungen nunmehr vor der Beendigung seiner Arbeiten steht. Auch der Ausschuß für die Disreparationen hofft, seine Arbeiten bald

Tages-Spiegel

Die Spitzenverbände der deutschen Industrie haben Leitsätze für die Reform des Haushaltsrechts eingereicht.

Im Rechtsausschuß des Reichstags verweigerte das Zentrum vorläufig die Weiterberatung der Ehescheidungsreform.

In Pariser parlamentarischen Kreisen rechnet man noch in diesem Monat mit der Einberufung der zweiten Haager Konferenz.

Macdonald gab gestern im englischen Unterhaus eine Erklärung über das Ergebnis seiner Reise nach Amerika und Kanada ab.

Die Eröffnung des polnischen Sejm ist auf einen Erlaß des Staatspräsidenten hin um 30 Tage vertagt worden.

Im Fall Ellarek sind die Stadträte Gabel und Degner in Untersuchungshaft gebracht worden. Oberbürgermeister Böh erklärt, weder von den Krediten an die Ellareks gewußt, noch mit ihnen Beziehungen unterhalten zu haben.

beenden zu können, ohne dazu gezwungen zu sein, die gegen Ungarn beabsichtigten Maßnahmen zu ergreifen. Man glaubt daher mit Bestimmtheit, daß die Vertreter der verschiedenen Mächte ihre im Haag begonnenen Arbeiten ausschließlich der zweiten Haager Konferenz beenden, noch ehe die Haager Beschlüsse vor Kammer und Senat der verschiedenen Länder zur Aussprache stehen.

Außenpolitische Fragen im englischen Unterhaus

Macdonald berichtet über seine Amerikareise.

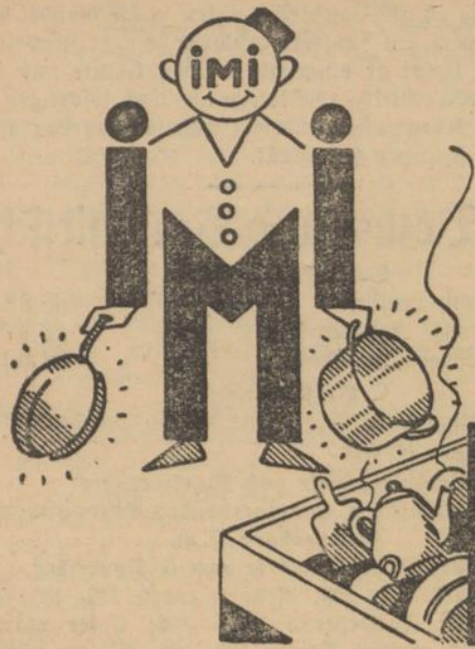
U. London, 6. Nov. Ministerpräsident Macdonald gab im Unterhaus Bericht über die Ergebnisse seiner Reise nach den Vereinigten Staaten und Kanada. Er erinnerte an die Lauterkeit und Aufrichtigkeit, mit der die schwierigsten Fragen behandelt worden seien. Er sei ohne jede Bindungen nach den Vereinigten Staaten gegangen und habe weder in der Tasche noch in Gedanken den Entwurf irgendeines Abkommens mitgenommen. Die Auswirkungen seiner Besprechungen in der praktischen Politik müßten der Zeit überlassen bleiben. Das nächste Ziel bestesse darin, der Fünftmächtigenkonferenz im Januar den Erfolg zu sichern. Im Verlauf der Besprechungen habe Präsident Hoover einige der Gründe für die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten berührt, die die verschiedene Auslegung des Rechts der Kriegsführenden und die sogenannten besetzten Flottenbasen an der amerikanischen Küste, Fragen, die für die Meinungsbildung in den Vereinigten Staaten noch immer von außerordentlicher Bedeutung seien. Hoover und er seien übereingekommen, diese Fragen im Geiste der Ausgleichsbereitschaft zu prüfen.


Im Anschluß an Macdonalds Erklärung im Unterhaus fand eine Aussprache über

die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland



statt. Außenminister Henderson wies darauf hin, daß das Fehlen normaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern notwendigerweise ein Element innerer Unruhe in sich berge. In der Propagandafrage stehe die Regierung zu der Erklärung von 1924, wonach eine sowjetrussische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens unter keinen Umständen geduldet werden würde. Die Regierung sei der Auffassung, daß die kommunistische Internationale organisch mit der Sowjetunion verbunden sei. Baldwin richtete darauf an die Regierung die Frage, ob sie bereit sei, die diplomatischen Beziehungen wieder abzubrechen, wenn sie feststellen müßte, daß die Propaganda nicht eingestellt werde. Er brachte eine Entschlie-
fung ein, die dem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß Ministerpräsident und Außenminister nicht zu den für die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Moskau aufgestellten Bedingungen gestanden hätten und in der weiterhin die Wiederherstellung solcher Beziehungen verurteilt wird, bis die früher aufgestellten Bedingungen erfüllt sind. Lloyd George trat für die Politik der Regierung ein: Der Bruch der Beziehungen durch die frühere Regierung hätte weit vorzichtiger erfolgen müssen, obwohl er zugeben müßte, daß einwandfreie Verletzungen des englisch-russischen Abkommens vorgelegen hätten.


Der englische Kriegsminister über die Rheinlandräumung
Der englische Kriegsminister gab im Unterhaus bekannt, daß die Zahl der bis zum 30. Oktober aus dem Rheinland zurückgezogenen britischen Truppen etwa 3350 Mann betrage. Die Gesamträumung werde schätzungsweise Mitte Dezember durchgeführt sein.




Wenn Sie mit  Ihr Geschirr abwaschen,

bleibt kein Schleierhauch zurück!

Sehen Sie sich bitte einmal mit  ge- säuberte Geschirre an. Wie sie funkeln, glitzern, gleißen und blinken! Sie glauben den Glanz edler Steine zu sehen. Das liegt eben daran, daß  restlos alles Fett auflöst und beseitigt, daß  nicht das geringste Tüpfelchen, nicht den leisesten Hauch zurückläßt. All die Hunderte Sachen

Ihres Geschirrschatzes aus Glas, Porzellan, Kristall, Metall, Holz und Stein sind im Augenblick klar und rein. Überall die leuchtende Frische! Wie  aber die schmutzigsten Hausgeräte und Gegenstände (Spülbecken, Wannen, Fensterrahmen, Scheiben, Spiegel, Fußböden, Putz- und Bohnertücher, Mops usw.) erneuert, das müssen Sie selbst erproben, Sie leisten sich selbst den besten Dienst!

1 Eßlöffel  auf 10 Liter heißes Wasser = ein Eimer, so ergiebig u. sparsam!



IMI Henkels-Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

Ämtliche Bekanntmachungen.

Vieh- und Schweinemarkt in Deckenpfronn

Der am Donnerstag, den 7. November ds. Js. in Deckenpfronn stattfindende Vieh- und Schweinemarkt wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten:

1. Aus Sperr- u. Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
2. Sämtliches Vieh muß beim Zutrieb auf den Markt amtstierärztlich untersucht werden.
3. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinehändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse mitzubringen.
4. Personen aus verpöhten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
5. Der Schweinebestand des Karl Dongus zur Felsenburg bleibt weiterhin gesperrt, an dem Gehöft ist deutlich sichtbar die Aufschrift „Schweinefuche“ anzubringen. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß dessen Stallungen von fremden Personen nicht betreten werden.
6. Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt gewiesen.

Calw, den 4. November 1929.

Oberamt: Rippmann.

u. a. m.

Zahlungsaufforderung.

Die Grund- und Gebäudebesitzer und die Gewerbetreibenden werden an die ihnen obliegende gesetzliche Verpflichtung zu allmonatlicher Entrichtung von Abschlagszahlungen auf ihre Schuldbigkeit an Staats- und Gemeindesteuer für das Steuerjahr 1929 erinnert.

Die Monatsbeträge sind mit einem Zwölftel der Schuld für 1929 zu bemessen und bis 8. jeden Monats zu bezahlen.

Für verpätet zur Zahlung kommende Beträge wird ein Verzugszins von 10% in Anrechnung gebracht.

Den 5. November 1929.

Stadtpflege.

Leigwaren
sind in Qualität unübertrefflich bei billigstem Preis.
Die kluge Genossenschaftlerin bevorzugt das Eigenprodukt ihrer Verbraucherorganisation nur im
Konsumverein.

Krautstanden verschiedener Größe verkauft
Neue Handelschule.

Guterhaltener **Mantel** für 16-17jährigen Jungen preiswert abzugeben.
Lederstraße 46, I.

See vom Konsumverein

Pelze
Moderne Pelzbesätze
Billigste Preise
Schnellste Ausführung sämtl. Umarbeitungen
Pelzwerkstätte Emilie Dollinger vorm. Carl Kleinbub
Obere Marktstraße.

Job n'f'n Nr. 1 Zuckerkrankte
Nr. 0 für Gicht, Rheuma, Reizen, Aderverkalkung, Ischias, offene Beine, Kopfschmerz, Energielosigkeit, Blutreinigung
Nr. 4 für Nierenleiden
Nr. 5 für Lungenleiden
Nr. 6 für Steinleiden, Gallensteine
Nr. 8 für Magen- und Darmkatarrh
Nr. 9 für Nervenleiden
Nr. 10 für Stuhlregulierung (Inhaltsangabe auf jeder Packung.)
In dieser Anzeige läßt sich wenig sagen, deshalb verlangen Sie kostenlos unsere illustrierte Broschüre in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern.
Kein Tee zum Kochen!
Georg Rich. PFLUG & CO., Gera (Thür.)

Kegeklub „Olympia“ Calw

Kommenden Samstag und Sonntag

Grosses Ganskegeln

(10 Gänse und 10 Enten) in der Restauration Weiß

Beginn: Samstag abend 8 Uhr
Sonntag nachm. 2 Uhr.

Geschoben werden 5 Kugeln ins Volle.

Hierzu ladet sämtliche Kegebrüder freundlich ein
Der Kegeklub.

Für kl. Haushalt wird sofort für tägl. 2-3 Stunden ein

Laufmädchen

gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Korbflaschen

18 bis 20 noch gut erhalt., 10 bis 25 Liter haltend, hat zu verkaufen.

Friedrich Binann, Mineralwassergeschäft, Bad Liebenzell.

Enormer Verdienst

mit neuem Aufsehen erreg. Vertriebssystem zu erzielen durch **E. S. Pöhl.** Bad Liebenzell.

Kakao vom Konsumverein

Vollfrische Trinkeier

bietet an zu Tagespreisen Hof Dicke.

Drucksachen für Handel u. Industrie
fertigt in geschmackvoller Ausführung rasch und preiswert die
„Tagblatt“-Druckerei

Kinderhüte, riesige Auswahl RM. 3.95 3.85
W. Lutz, Bahnhofstraße.

Frische Fische

treffen heute ein.

Calw.
Im Wege der **Zwangsvollstreckung** versteigere ich am **Freitag, den 8. ds. Mts. vorm. 11 Uhr** gegen bare Bezahlung eine 10 P. S. Opel Pullman Limousine, 6-Siger, in der Antozentrale Wurster stehend.
Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Ohngemach.

Brat-Schellfische Pfd. 35 Pfg.

Cabliau u. Schellfisch kopflos im ganzen Fisch Pfd. 60 Pfg. im Anschnitt Pfd. 64 Pfg.

Freiengewässerte **Stochfische** Pfd. 35 Pfg.

Frische **Büchlinge**

Unsere **Marinaden** sind eine Delikatesse. Achten Sie beim Einkauf auf Gewicht u. Qualität.

Rollmops u. Bismarckheringe in Milchsauc
Brat- und Geleeheringe 1 Pfd. 1.- Mk.
Dose 1.- Mk.

Bismarckheringe extragroße 3 Stk. 40 Pfg.
Niesen-Rollmops 3 Stk. 50 Pfg.

5% Rabatt
Pfannkuch

Angestrickt werden **Sirümpfe** aller Art. **Geschw. Stanger** Altbürgerstr. 11.

Wo werden meine **Schuhreparaturen und Sohlen** rasch u. gut ausgeführt? Bei **Herm. Fischer**, Schuhreparaturwerkstätte, Badstraße 18. Obiger empfiehlt sich auch im **Anf- und Umfärben der Schuhe** in jeder Farben-Nuance wie neu.
Einen gut erhaltenen **Kinder-Koffenwagen** verkauft **Fran Friederich Walz**, Unterhauglitz.

SERVA-KAFFEE
Beste Mischungen Fernsprecher Nr. 120.
Stets frisch gebrannt
Carl Serva, Calw